



## AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

Landhaus, A-6901 Bregenz

Aktenzahl: PrsG-1657  
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am 14.7.1992

An das  
Bundesministerium für öffentliche  
Wirtschaft und Verkehr  
Radetzkystraße 2  
1031 Wien

EIN GESETZENTWURF	
Zl.	62 -GE/19.92
Datum:	22. JULI 1992
Verteilt	23. Juli 1992 <i>See</i>

Betrifft: Novelle zum Kraftfahrliniengesetz;  
Entwurf, Stellungnahme

*H. Klausgruber*

Bezug: Schreiben vom 4. Juni 1992, Zl. 124.115/3-I/6-92

Zum übermittelten Entwurf einer Novelle zum Kraftfahrliniengesetz wird Stellung genommen wie folgt:

I. Allgemeines:

Der vorliegende Entwurf zielt offensichtlich darauf ab, den Anpassungs-  
erfordernissen im Zusammenhang mit dem EWR-Vertrag mit einem Minimum an  
Eingriffen in das bestehende Kraftfahrlinienrecht Genüge zu tun.

Die Landesregierung hat wiederholt - unter anderem mit Schreiben vom  
7. Juni 1990, PrsG-1657, sowie im Rahmen der Verkehrsreferentenkonfe-  
renz der Länder - auf die Dringlichkeit einer weitergehenden Neuordnung  
des Kraftfahrlinienrechts hingewiesen. Das Kraftfahrliniengesetz 1952  
vermag den Regelungsbedürfnissen, die sich aus der Forderung nach einer  
vernetzten und verkehrsträgerübergreifenden Gestaltung des öffentlichen  
Verkehrs ergeben, in mehrfacher Hinsicht nicht gerecht zu werden:

1. Die rechtlichen Voraussetzungen für die Möglichkeit, im Interesse  
eines koordinierten und vernetzten Verkehrsangebotes auf die  
Liniennetz- und Fahrplangestaltung aktiv (und nicht nur im Wege  
des Reagierens auf Anträge einzelner Verkehrsunternehmen) Einfluß  
nehmen zu können, fehlen weitgehend.

- 2 -

2. Verkehrsverbünden, deren Aufgabe in der Aktivierung und Weiterentwicklung öffentlicher Verkehrsangebote liegt, sollte in einem kraftfahrlinienrechtlichen Ermittlungsverfahren auch ein dieser Aufgabenstellung entsprechendes Mitspracherecht eingeräumt werden.
3. Für die staatlichen Verkehrsunternehmen ergibt sich schon zufolge ihrer institutionalisierten Nähe zur Konzessionsbehörde eine rechtliche und faktische Stellung, die die Durchsetzung von Eigeninteressen in einem mit öffentlichen Interessen vielfach nicht vereinbaren Ausmaß zuläßt.

Die erforderliche Umsetzung von EG-Rechtsvorschriften bietet sich als Gelegenheit, das Kraftfahrliniengesetz den erwähnten Regelungsbedürfnissen besser anzupassen und damit als Steuerungsinstrument der Verkehrspolitik aufzuwerten.

II. Im einzelnen ist zu bemerken:

Zu Z.3:

Die im § 1 Abs. 3 vorgesehene Anzeigepflicht für die Sonderformen des Linienverkehrs wird begrüßt. Die Evidenthaltung dieser Sonderformen des Linienverkehrs macht der Behörde wichtige Informationen über Art und Umfang dieser Verkehre zugänglich.

Zu Z.6:

Zum Begriff "Sicherheit des Betriebes" müßte im Entwurf oder zumindest in den Erläuterungen ausgeführt werden, was darunter konkret verstanden werden soll. Die Erläuterungen sollten auch klarstellen, wie diese Voraussetzung für die Konzessionserteilung im Ermittlungsverfahren zu überprüfen ist.

Für die Vorarlberger Landesregierung:



Dr. Guntram Lins, Landesrat

a) Alle  
Vorarlberger National- und Bundesräte

b) An das  
Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n  
(25-fach)

im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes vom  
24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67

c) Herrn Bundesminister für  
Föderalismus und Verwaltungsreform  
Jürgen Weiss

Ballhausplatz 2  
1014 W i e n

d) An das  
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

1010 W i e n

e) An alle  
Ämter der Landesregierungen  
zHd. d. Herrn Landesamtsdirektors

f) An die  
Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der NÖ. Landesregierung

1014 W i e n

g) An das  
Institut für Föderalismusforschung

6020 I n n s b r u c k

zur gefälligen Kenntnissnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:  
Der Landesamtsdirektor:

Dr. B r a n d t n e r

F.d.R.d.A.